

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserationspreis
10 Pf. pro dreigespaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 77.

Dienstag, den 26. September

1893.

Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Artikel II. § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt S. 245 fgb. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Meissen im Monate August d. J. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monate September d. J. an Militär-Pferde zur Verabreichung gelangende Marschfouage beträgt

9 Mk. 71,2 Pf. für 50 Kilo Hafer,
6 " 89 " " 50 " Heu,
3 " 30,7 " " 50 " Stroh.

Meissen, am 21. September 1893.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Bekanntmachung.

Den 30. dieses Monats ist

vom 2. bis spätestens den 14. nächsten Monats

der **III. Termin Landrente und Landesculturrente,**

der **II. Termin Einkommensteuer,**

der **II. " Brandkassenbeiträge** nach 1 1/2 Pfennig für die Beitragseinheit,

das **III. Vierteljahr Schulgeld**

bei Vermeidung von Weiterungen an die Stadtkammer zu bezahlen.

Wilsdruff, am 25. September 1893.

Der Stadtrath.
Sicker, Brgmstr.

Bekanntmachung.

Die rückständigen **Kranken- und Invalidentätensversicherungsbeiträge** sind bei Vermeidung von Weiterungen nunmehr bis zum

30. dieses Monats

anher abzuführen.

Wilsdruff, am 25. September 1893.

Der Stadtrath.
Sicker, Brgmstr.

Tagesgeschichte.

Mit aufrichtiger Freude wird allenthalben in Deutschland und auch außerhalb der Grenzen des Reichs, „so weit die deutsche Junge Klingt“, die Nachricht aus Güns aufgenommen worden sein, wonach Kaiser Wilhelm die Initiative zur Wiederherstellung freundlicher persönlicher Beziehungen mit dem Fürsten Bismarck ergriffen hat. Der Gedanke, daß das traurige Verhältnis zwischen dem hervorragenden Mitbegründer des Reichs und dem Träger der Kaiserkrone bis an das nach menschlicher Voraussicht nicht mehr allzu ferne Ende des Fürsten Bismarck fortbauern solle, hatte für jeden deutschen Patrioten etwas tief Beträübendes. Es wäre müßig und wenig erfolgversprechend, wollten wir versuchen, besondere Umstände aufzuspielen, welche die Veranlassung des kaiserlichen Schrittes gebildet haben könnten. Wir sind der Meinung, daß es solche „besonderen“ Gründe überhaupt nicht giebt, daß unser hochberühmter Kaiser vielmehr längst Verlangen getragen hat, die verlagene wichtige Verständigung zwischen ihm und dem Altreichskanzler zu befeitigen. So lange aber Fürst Bismarck durch Rede und Schrift an den Tag legte, daß er noch aktionsfähig sei, durfte der Kaiser erwarten, daß der erste Schritt zur Versöhnung von Friedrichruh aus erfolge, dem schwer erkrankten Fürsten jedoch konnte er unbeschadet seiner Würde die kaiserliche Rechte anbieten. Er hat es gethan und er hat es sicher mit Freuden gethan. Ist es auch ausgeschlossen, daß die Verständigung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck irgendwelche politische Folgen haben könne, so ist darum die Freude des deutschen Volkes an dem Ereigniß doch keine geringere.

Die Militärvorlage ist nur mit geringer Mehrheit angenommen worden. Diese Thatsache wird auch bei der Deckungsfrage eine Rolle spielen. Bekanntlich wird regierungsseitig geplant, die benötigten Gelder durch Steuern auf Tabakfabrikate, Wein, Biers und Quittungen aufzubringen. Aus der Tabakfabrikatsteuer soll der größte Posten herausgezogen werden, so daß sie als *pièce de résistance* des neuen Steuerplanes bezeichnet werden muß. Gegen sie haben nun bereits die Antisemiten, die zu der Mehrheit für die Militärvorlage gehörten, Stellung genommen. Es ist also sicher, daß die Tabakfabrikatsteuer nicht die gleiche Mehrheit wie die Militärvorlage finden würde. Bei der Kleinheit dieser Mehrheit wäre eine solche Abspaltung schon bedenklich, wenn nicht die Regierung bei der Deckungsfrage auf eine andere Zusammenfassung der Mehrheit zu hoffen wenigstens einige Aussicht hätte. Man wird sich erinnern, daß bei der Berathung über die erste abgelehnte Militärvorlage aus den Reihen des Centrums der Vorschlag einer Tabakfabrikatsteuer mit dem Charakter einer Luxussteuer gemacht wurde. Wenngleich diese Anregung von einer Seite ausging, die inzwischen aus den Reihen des Reichstagscentrums geschieden ist, so muß doch beachtet werden, daß man zur Zeit jenes Vorschlages sogar wissen wollte, daß die Regierung auch ohne Auflösung des Reichstages zu ihrem Ziel gekommen wäre, wenn statt der Biersteuererhöhung die Tabakfabrikatsteuer in den alten Deckungsplan aufgenommen gewesen wäre. Es braucht deshalb mit der Stellungnahme der Antisemiten

der Plan der Tabakfabrikatsteuer noch nicht als gescheitert oder als gefährdet angesehen zu werden. Dagegen erhebt sich, wenn das Centrum zur Nothhilfe bei der Tabakfabrikatsteuer herangezogen werden soll, eine andere Schwierigkeit. Es liegt, wie mehrfach verriet worden ist, ein Plan vor, neben der Deckung der durch die Militärvorlage geschaffenen Mehrausgaben auch eine Reichsteuereform durch eine andere Regelung des Verhältnisses der Matricularumlagen zu den Ueberweisungen, Tilgung der Militärausgaben hinausgehenden Plan einlassen wollen. Es würde demnach diejenige Partei, welche für die Tabakfabrikatsteuer eine Mehrheit bilden könnte, nur für einen Theil des Reichsteuereplanes zu haben sein. Jedenfalls erhebt man hieraus, daß mit der Einbringung der neuen Steuerentwürfe an den Reichstag die Schwierigkeiten, die sich einer Fertigstellung derselben in den Weg stellen, nicht beendigt sein, sondern in verstärktem Maße erst beginnen werden.

Anfangs Oktober tritt die Kommission der deutschen und der russischen Bevollmächtigten zu den Verhandlungen über einen eventuellen Handelsvertrag beider Kaiserreiche zusammen. Da der 1. Oktober auf einen Sonntag fällt, wird die Eröffnungssitzung am 2. Oktober stattfinden; in derselben werden aber nur Fragen der geschäftlichen Behandlung zur Erörterung gelangen; erst in der darauf folgenden Sitzung wird man in die Sache selbst eintreten. Es ist erinnerlich, daß von russischer Seite der Vorschlag gemacht worden war, die Bevollmächtigten bereits im August zusammentreten zu lassen, ein Vorschlag, dem die Zustimmung der deutschen Regierung verweigert wurde, und zwar aus verschiedenen Gründen, welche in dem Memorandum der deutschen Regierung Ausdruck gefunden haben und als deren hauptsächlichster die Ueberzeugung der Regierung betrachtet werden muß, daß angeht die in der letzten russischen Note entwickelten Anschauungen an irgendwie erfolgreiche Verhandlungen zu jenem Zeitpunkte nicht zu rechnen war. Unterdessen ist ein gewisser Zeitraum verstrichen, der zur Klärung der Sachlage beitragen dürfte, da die russische Regierung aus den bei dem Zollkriege gemachten Erfahrungen zu der Erkenntniß kommen konnte, bis zu welchem Grade eine Verständigung mit dem Deutschen Reich in handelspolitischer Beziehung für Rußland nicht nur als wünschenswerth, sondern auch als notwendig zu erachten ist. Ob diese Erkenntniß bereits so weit vorgeschritten ist, daß darnach ein verständnißvolles Eingehen auf die zur Wahrung der Interessen der deutschen Industrie und Landwirtschaft von der diesseitigen Regierung als notwendig erkannten deutschen Forderungen zu erwarten steht, muß dahingestellt bleiben. Aus der Stellung, welche die russischen Bevollmächtigten den deutschen Anträgen gegenüber einnehmen werden, wird man auf die Aussichten der Verhandlungen nach der positiven oder negativen Seite schließen können. Ob die russischen Unterhändler den bereits einmal deutscherseits abgelehnten Vorschlag eines Provisoriums wieder aufnehmen werden, steht dahin, er würde aber, wie bereits von uns hervorgehoben,

kaum Aussicht haben, jetzt von der deutschen Regierung gutgeheißen zu werden.

Elfaß-Bothringen. Die Epilog zu den verfloffenen Kaiserfesten im Reichslande mehrten sich. Heute wollen wir noch, als besonders berufene Beurtheilerin von Land und Leuten in Bothringen, die Bothringer Zeitung herausgreifen, die folgendes, wie es scheint, der Wahrheit sorgsam abgelauschtes Stimmungsbild zeichnet: „... Wie halt doch der alte Bürgermeister Dory dem Berichterstatter des „Matin“ gegeben! „Was“, hat er gesagt, „Sie wollen mich in Frankreich beleidigen? Das nächste Mal werde ich noch eine weit schönere Ansprache an Sr. Majestät den Kaiser halten? Und derselbe Berichterstatter des „Matin“ hat sammt seinem Kollegen vom „Figaro“ auf der Fahrt zwischen Metz und Aves, wie wir vollkommen verbürgt mittheilen können, von einer geborenen Meyerin noch weit bessere Dinge zu hören bekommen. Die hat ihnen aus-einandergelegt, wie ärmtlich die Bauern im Metzger Lande zu französischer Zeit daran waren, in Vergleich zu ihrer jetzigen Lage, daß die Deutschen andere Menschen seien, als in französischen Blättern geschrieben werde, und daß der deutsche Kaiser nicht wie sie behaupteten, nur von Altdeutschen, sondern von Tausenden von Einheimischen bejubelt werde. „So, nun haben Sie mal den Muth, das zu schreiben“, bemerkte ihnen die wackere Frau, „und lägen Sie nicht immer!“ Und in der That, sie haben wenigstens den Anflug von Muth gehabt, zu berichten, daß sie wenig Erfreuliches erlebt haben. Dieses Faktum verbanken wir auch dem Besuch Sr. Majestät, und daraus ergibt sich zugleich, daß der Besuch Sr. Majestät, momentan wenigstens, auch Einfluß gehabt hat auf Urtheil und Stimmung in Frankreich. Ob es so bleiben wird?

Die beiden Franzosen Dubois und Daguet, welche bekanntlich in Kiel wegen Verdachts der Spionage in Haft genommen wurden, sind gegenwärtig noch im dortigen Landgerichtsgefängniß interniert. Die Untersuchung des Falles wird in Berlin weitergeführt, während, wenn Anklage erhoben wird, die Verhandlung selber vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfindet. Der Reichsanwalt Kremplin, welcher kürzlich in Kiel anwesend war, hat die Polizeibeamten, welche mit der Befolgung der Verdächtigen vertraut waren, eingehend vernommen und in Aussicht gestellt, daß sie eventuell auch in Leipzig als Zeugen vernommen werden würden. Dubois und Daguet sind jetzt nach Berlin transportirt worden.

Aus Hamburg kommen ziemlich ernstliche Choleraanrichten. Vom Tage des abermaligen Auftretens der Cholera in der alten Hansestadt, vom 15. d. M., an bis zum 20. September ereigneten sich daselbst an 40 Cholerafälle, von denen etwa ein Viertel tödtlich verlief. Hoffentlich gelingt es aber den Hamburger Behörden, eine weitere Ausbreitung der unheimlichen Seuche in ihrer Stadt zu verhindern, zumal ja in Hamburg seit der vorjährigen Choleraepidemie sehr viel zur Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse geschehen ist. Aus Altona werden ebenfalls zwei Cholerafälle gemeldet.

Wie aus Hamburg berichtet wird, ist die Befürchtung, daß die Cholera dort einen epidemischen Charakter annehmen werde,